

Klößner zieht positive Ein-Jahresbilanz - Opposition vermisst klare Linie

Eine positive Bilanz ihrer bislang einjährigen Amtszeit hat Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner gezogen. „Wir haben im ersten Jahr viel erreicht“, erklärte die CDU-Politikerin. Klößner nannte die Neuorganisation ihres Ressorts, die Aufstockung des Agrarhaushalts sowie die Fokussierung auf die Digitalisierung zur Lösung von Zielkonflikten als neues Leitbild. Auch im Tierschutz und in der Agrarumweltpolitik seien Fortschritte erzielt worden. Insgesamt sei es gelungen, zwischen den verschiedenen Interessen Ausgleiche zu schaffen und Zielkonflikte aufzulösen. Die Opposition warf Klößner eine fehlende klare Linie und Entscheidungsschwäche vor.

Länderberichte 1

Europawahl: Mehrheit der deutschen EU- Agrarpolitiker kann mit Wiederwahl rechnen

Die Mehrheit der deutschen Politiker, die derzeit im Landwirtschaftsausschuss des Europaparlaments sitzen, kann bei den Wahlen am 26. Mai mit dem Wiedereinzug rechnen. Die Wiederwahl des Spitzenkandidaten der sächsischen CDU, Dr. Peter Jahr, dürfte ebenso sicher sein, wie die der auf der SPD-Bundesliste drittplatzierten Maria Noichl. Auch ein erneutes Mandat für die beiden Agrarsprecher, Martin Häusling von den Grünen und Ulrike Müller von den Freien Wählern, ist so gut wie sicher. Dem neuen Parlament nicht mehr angehören wird der langjährige CSU-Agrarpolitiker Albert Deß; ihm könnte die bisherige Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler nachfolgen.

EU-Nachrichten 3

Länder wollen Kameras in Schlachthöfen - Mobilfunk flächendeckend sicherstellen

In Deutschland soll bundeseinheitlich und verpflichtend die kameragestützte Überwachung in Schlachthöfen zur Verbesserung des Tierschutzes eingeführt werden. Dafür hat sich der Bundesrat auf Initiative von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen ausgesprochen und die Regierung zur Vorlage eines entsprechenden Gesetzes aufgefordert. Zudem appellierte die Länderkammer an die Bundesregierung, in ganz Deutschland flächendeckend eine moderne Mobilfunkversorgung sicherzustellen. Dafür müsse es unter anderem Änderungen im Bundesförderprogramm Breitband geben. Die Förderquoten müssten erhöht und die Deckelung beim Förderhöchstbetrag aufgehoben werden.

Länderberichte 17 und 21

Rukwied warnt vor Dünge- verschärfung auf Zuruf

Mit außerordentlich scharfer Kritik hat der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, auf das Vorgehen der Europäischen Kommission in der Düngepolitik reagiert. Im Interview weist Rukwied die verlangten weiteren Verschärfungen angesichts der erst 2017 beschlossenen Novelle der Düngeverordnung zurück und bezeichnet die angedrohten Strafzahlungen als „völlig unangemessen“. Es sei nicht Aufgabe der EU-Kommission, „dem deutschen Gesetzgeber bis ins letzte Detail die Düngeverordnung vorzugeben, ohne dabei Rücksicht auf regionale Besonderheiten und betriebliche Strukturen zu nehmen“. Keinen Hehl macht der DBV-Präsident aus seiner Enttäuschung über die Bundesregierung: „Für Verschärfungen des Düngerechts auf Zuruf der EU-Kommission haben wir kein Verständnis.“ Bereits jetzt zeige das neue Düngerecht Wirkung. Die Vorlage des nächsten Nitratberichts könnte Grundlage für eine erste Bewertung des neuen Düngerechts sein. Einen Teil der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Neuregelungen hält Rukwied für völlig überzogen. So führe eine pauschale Deckelung der Düngung von 20 % unter dem Bedarf zur Unterversorgung der Kulturpflanzen und sei fachlich falsch. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner hatte zuvor Kritik an der Verhandlungsführung ihres Hauses zurückgewiesen. „Wir können die Forderungen der Europäischen Kommission nicht ignorieren“, sagte die CDU-Politikerin. Sie räumte ein, dass die verlangten Nachbesserungen „eine enorme Belastung“ für die betroffenen Landwirte darstellten. Die Regelungen müssten „fachlich geboten und machbar“ sein.

Länderberichte 25